

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Geszentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Geszentwurfs)?		
ENTWURF THÜR. GESETZES ZUR GEWÄHRUNG EINER VERFASSUNGS GEM. AUUMENTATION IM JAHR 2023 SOWIE ÄNDG. BESOLDG./VERSORG. VORSCHRIFTEN		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER. STR. 8
	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)										
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND										
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?										
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)  S. Anlage „zu Punkt 4.“										
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td data-bbox="286 1111 835 1160"> <input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)         </td> <td data-bbox="835 1111 1357 1160"> <input type="checkbox"/> nein         </td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="286 1160 1357 1391">           Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?         </td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="286 1391 1357 1440">           In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?         </td> </tr> <tr> <td data-bbox="286 1440 835 1489"> <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail         </td> <td data-bbox="835 1440 1357 1489"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="286 1489 835 1536"> <input type="checkbox"/> per Brief         </td> <td data-bbox="835 1489 1357 1536"></td> </tr> </table>	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?		In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?		<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail		<input type="checkbox"/> per Brief	
<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein										
Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?											
In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?											
<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail											
<input type="checkbox"/> per Brief											
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td data-bbox="286 1644 835 1693"> <input type="checkbox"/> ja         </td> <td data-bbox="835 1644 1357 1693"> <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)         </td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="286 1693 1357 1742"> <b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" data-bbox="286 1742 1357 1850"> </td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>							
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)										
<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>											

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der <b>Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 6/12/2022	

Zu Punkt 4.

Hoherfreut sind wir darüber, dass die Landesregierung, hier vertreten durch die Finanzministerin, der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Beobachtungspflicht nachkommt, diese ernst nimmt und Maßnahmen zur Abhilfe ergreifen will.

Zur Sicherstellung einer verfassungsmäßigen Alimentation, insbesondere zur Wahrung des Mindestabstands zur Grundsicherung besteht dringender Handlungsbedarf. Aus diesem Handlungsbedarf resultiert die sich aus der Rechtsprechung ableitende Pflicht der generellen Anhebung der Grundgehälter. Insoweit begrüßen wir auch die Abkehr von den Reparaturversuchen der Besoldung, durch eine alleinigen Anhebung der familienbezogenen Besoldungsbestandteile.

Wir erkennen die Bemühungen dieser Landesregierung um die Schaffung einer dem Amte nach angemessenen und verfassungskonformen Alimentation an. Als erste Landesregierung überhaupt hat die Thüringer Regierung ein „Reparaturgesetz“ im letzten Jahr auf den Weg gebracht. Als einzige Regierung überhaupt scheint sie die vom obersten Verfassungsgericht auferlegten Beobachtungspflichten wahrzunehmen und für sich Handlungen daraus abzuleiten. Dem tbb ist es wichtig, dies noch einmal zu betonen und besonders herauszustellen.

Unsere Kritik richtet sich jedoch gegen die Höhe und Art der gewählten Umsetzung. Aus Sicht des tbb ist:

- **die Höhe von 3,25 %** nicht ausreichend;
- **die Einmalzahlung** nicht nachhaltig;
- der eingebaute „**Puffer**“ **von 1 %** zu gering bemessen;
- **eine Anrechnung auf Tarifergebnisse TV-L** nicht geboten erscheint und es vergrößert den Druck auf die Verfassungskonformität und
- die eingebaute **Befristung** widerspricht den eigenen Erkenntnissen des Thüringer Finanzministeriums (TFM).